## Die Zweite

*Unproduktiv? — Ja, noch! Noch ist das Verhältnis zwischen Studentenrat und FDJ eher von Mißverständnissen, von Bemerkungen zum Selbstverständnis des anderen gekennzeichnet als von einem produktiven Miteinander zur Lösung der wahrlich reichlich anstehenden Probleme. Und ein gut Teil dieser Situation geht auf Rechnung der FDJ. Denn es wurde nicht deutlich — vielleicht ist es uns selbst noch nicht deutlich genug — es geht nicht um Konkurrenz oder Wettbewerb.*

*Ich finde es nicht gut, wenn sich studentische Arbeitsgruppen bei der FDJ und beim Rat zu brennenden Problemen der Studenten bilden und dann nicht gemeinsam arbeiten.*

*Die Aufgabenbereiche von Rat und FDJ sind abzustecken — da, wo man sich trifft, sollte auch zusammengearbeitet werden. Dazu gehört auch, daß sich die FDJ völlig neu konstituieren muß, an der Uni und insgesamt — als Organisation derer, die sich in ihr organisieren wollen. Genau dort liegen die Möglichkeiten der FDJ und im Lande, wenn sie radikal reformiert wird, vielleicht als Dachverband, vor allem aber nur, wenn ihre Mitglieder aktiv in ihr bzw. durch sie Interessen vertreten wollen und können. Und produktive neue wie auch gute traditionelle Ansatzpunkte gibt es eine ganze Menge.*

*GERD SEWALD,*
*amt. 2. Sekretär der FDJ-KL*

# Doppelte Gewähr oder zuviel des Guten?

Der soeben gewählte „Unabhängige Studentenrat" soll ab sofort im Interesse aller KMU-Studenten tüchtig auf den Tisch klopfen. Allerdings will das noch jemand. Die FDJ. Sie ist nämlich vor dem Gesetz nach wie vor der Interessenvertreter der Studenten. Fortan also derer zwei — für die Durchsetzung der Interessen doppelte Gewähr oder aber zuviel des Guten? Für den Studentenrat scheint die Ko-Existenz beider Vertretungen zunächst einmal gar kein Problem zu sein. Mitinitiator Stefan Morch (Sektion Theologie) jedenfalls versteht die FDJ gleichsam als Partei, den Rat aber als Parlament. Gänzlich verschiedene Ebenen also. Und Konkurrenz existiert demzufolge überhaupt nicht.

Der neue FDJ-Erste Dietmar Mülsch dagegen sieht auf sich und seine Organisation sehr wohl einen Wettbewerb zukommen. Für den von ihm angestrebten Reformprozeß innerhalb des Jugendverbandes erkennt er im Studentenrat eine Herausforderung, aber auch Chance. Er plädiert in diesem Zusammenhang für das Leistungsprinzip.

Natürlich ist die FDJ keine Partei. Allerdings wirkte sie in der Vergangenheit — nicht nur in Stefans Augen — in der Tat weniger wie ein Interessenvertreter der Jugend als vielmehr wie ein für aktuelle SED-Vorhaben gut zu handhabendes Werkzeug. Die FDJ hat versagt. Ihre Funktionäre seien entmündigt, die Organisation diskreditiert worden, schrieben die Studentenrats-Protagonisten deshalb in ihre Präambel. Nach ihrer Meinung schuld an allem: der demokratische Zentralismus. Diesen aber will die FDJ auch weiterhin praktizieren. Grund genug also, mit „Basisdemokratie" einen völlig neuen Versuch außerhalb der FDJ zu starten. Doch was hier so avantgardistisch scheint, deckt sich in vielem mit dem Alten: „Wählbarkeit der Leitungen, Rechenschaftspflicht, Absetzbarkeit aller Leitungsorgane, breite Mitwirkung aller . . ." Das jedenfalls ist ich bei Meyer noch unter dem Stichwort „demokratischer Zentralismus". Letzterer funktioniert selbstverständlich ebenfalls nur MIT „Basis".

Die FDJ will nun aus ihren Fehlern lernen. Und geht in die Offensive, was heißt, an die Substanz: Interessenverbände statt parteiadäquate Strukturen, Direktwahl und jederzeitige Absetzbarkeit der 1. Sekretäre, keine Unterordnung unter die Bezirksleitung, Entbürokratisierung, Neuformulierung des Verhältnisses zur SED, Erweiterung es politischen und weltanschaulichen Spektrums. Und nicht zuletzt: Nationaler Studentenbund innerhalb des Jugendverbandes. Das alles ist Inhalt neuer Konzepte auf dem Weg zu einer Art „Jugendgewerkschaft".

Diese Neuprofilierung geschieht natürlich nicht von heut auf morgen. Insofern hat der Studentenrat als Sofortmaßnahme selbstverständlich seine Berechtigung. Außerdem ist er von der Mehrheit gewählt worden. Und schließlich wird seine Arbeit den Umgestaltungsprozeß der FDJ ganz sicher stimulieren. Doppelte Gewähr also.

Was aber, wenn die Reformen in der FDJ durchgesetzt sind? Wenn der Jugendverband objektiv Interessenvertreter aller Studenten sein kann, gleich ob Christ, Liberaldemokrat oder Sozialist? Dann scheinen mir zwei Vertretungen wirklich des Guten zuviel. Diesen Fall sollte der Studentenrat dringend auch in seiner Konzeption erwägen. Und klären: Will er für alle auf den Tisch oder lediglich der FDJ auf die Finger klopfen?

CLAUS STÄCKER.
Sektion Journalistik, SG 8/01

## Jurastudenten gegen Studentenrat?

**Die Studenten der Rechtswissenschaft an unserer Universität sind unter Anhängern des Studentenrates ins Gerede gekommen, weil sie angeblich gegen den Rat und die Konzeption aufgetreten seien. Dazu ein Gespräch mit JAN FROTSCHER, SG 88-2 von der Sektion Rechtswissenschaft.**

**Stimmt es, daß die Jurastudenten sich gegen Rat und Konzeption gewandt haben?**

Wir haben eine Unterschriftensammlung organisiert, die sich aber lediglich gegen die Art und Weise des Zustandekommens der Konzeption gerichtet hat. Unterschrieben haben etwa 100 Studenten verschiedener Sektionen.

**Welche konkreten Einwände hattet ihr?**

Nach unserer Auffassung geht es nicht, daß ein Studentenrat gewählt wird, bevor inhaltliche und konzeptionelle Fragen geklärt sind. Zudem war die Versammlung der Seminargruppenvertreter am 26. 10. nicht legitimiert, eine Konzeption vorläufig in Kraft zu setzen. Angekündigt war lediglich eine Informationsveranstaltung. Bezeichnend für die ungenügende Vorbereitung war auch die öffentliche Studentenratstagung am 9. 11., wo grundlegende Fragen der Arbeit, z. B. die notwendigen Mehrheiten bei Abstimmungen, nicht geklärt waren.

**Welche Reaktion gab es auf eure Kritik?**

Am 7. 11. kam es zu einer Aussprache zwischen vier Studenten unserer Sektion und etwa zehn Vertretern von Rat und Koordinierungsgruppe. Unsere Gesprächspartner vertraten den Standpunkt, daß es sich bei unseren Einwänden um reine Formfragen handele, die sie wohl als sekundär ansahen. Nicht gefallen hat mir, daß einige mit der Devise ins Gespräch gingen, wer nicht für uns ist, ist gegen uns.

**Ihr seid also nicht gegen den Studentenrat?**

Nein, auf keinen Fall. Wir wollen aber einen Studentenrat, der tatsächlich demokratisch legitimiert ist und auch in Verfahrensfragen sauber arbeitet. In diesem Sinne sind wir zur Mitarbeit bereit.

(Das Gespräch führte RALF EGGERS.)

## Schade drum!

*Schade um diese 90 Minuten, auch wegen ihrer Unsachlichkeit! Studentenrat und FDJ-Kreisleitung hatten einer gegenseitigen Anhörung zugestimmt, um eventuelle Gemeinsamkeiten in ihren Anliegen herauszufinden. Dies war aber bereits die einzige Übereinstimmung. Anscheinend ist diese FDJ-KL unserer Uni so sehr mit ihrer Selbstfindung beschäftigt, daß sie sich mit anderen Ideen einer basisdemokratischen Interessenvertretung inhaltlich noch nicht auseinandersetzen konnte.*

*Ansonsten wäre schon in der Vorkonzipierung die nun dem Studentenrat vorgeschlagene Variante herausgefallen. So sehr man dort bemüht ist, zwei unterschiedliche Ebenen in ein (nur!) Denkschema zu pressen, muß scheitern.*

*Bleibt zu sagen, daß für mich die einzige Überlebenschance für alle FDJ-Organe in der Umprofilierung der Ziele besteht. Entweder, sie konstituieren sich als politische Vereinigung — nämlich als kommunistischen Jugendverband — oder sie heben sich selbst auf. Doch das ist allein Problem der FDJ.*

*Natürlich, eine Gemeinsamkeit ist damit nicht ausgeschlossen: Der Studentenrat versteht sich als Gewerkschaft aller Studenten, somit auch jener, die sich in einem kommunistischen Jugendverband politisch-ideologisch vertreten fühlen.*

*Will die FDJ-KL deshalb nicht als Spalter dastehen — wovon sie sich eindeutig und entschieden auf dieser Sitzung distanzierte, und was sie als das Schlimmste für die Jugend betrachtet —, muß sie erkennen, daß eine Studentenschaft nicht zwei Interessenvertreter braucht. Strukturgerangel ist Zeitverlust!*

*KATJA HERR*

Auf Beschluß der FDJ-Kreisleitung wird für den 13. Dezember 1989 eine **außerordentliche Kreisdelegiertenkonferenz der FDJ** einberufen:

Zeit: Mittwoch, 13. 12. 1989, 18.00 Uhr

Ort: Hörsaal Physiologie des Karl-Ludwig-Instituts

Tagesordnung:

– reale Einschätzung der politischen Lage an der Kreisorganisation der FDJ

– Kassensturz der Kreisorganisation der FDJ

– Diskussion über Inhalte, Strukturen und Perspektiven eines freien Studentenbundes an der Karl-Marx-Universität

– Abstimmung über die Gründung eines freien Studentenbundes an der Karl-Marx-Universität

– Wahl eines Übergangsgremiums bis zur Konstituierung aller Strukturen eines freien Studentenbundes an der Karl-Marx-Universität (für den Fall seiner Gründung)

## Gegen Alleinvertretungsanspruch und Obhutspflicht!

Soll mir keiner sagen, es gäbe beides nicht im Denken der FDJ-Reformer, zumindest in dem der Autoren des Kreisleitungspapiers. Nachzulesen im Interview mit D. Mielke (siehe OHNE FILTER vom 17. 11.). Nach seinen Worten fühlten sich die FDJ-Autoren verpflichtet, ein „Konzept zu erarbeiten, diese Interessen (die der Studenten — d. A.) in solche Bewegungsformen **zu lenken** (! Hervorheb. d. A.), daß sie konstruktive Berücksichtigung und Umsetzung finden können". Der Studentenrat scheint für D. Mielke keine solche Form zu sein, da er erklärt, es gelte für die FDJ „Gemeinsamkeiten (der Studentenschaft — d. A.) zu fixieren, Wege ihrer Umsetzung zu beraten und innerhalb **zu konstituierender** (!) Bewegungsformen zu realisieren". Aber eben solche Formen konstituieren sich doch bereits! Und so bleibt es uneinsichtig, warum Studentenrat und FDJ parallele Vermittler/Durchsetzer studentischer Interessen sein sollen.

Sosehr ich aus diesem Grund die massive Ablehnung der FDJ-Vorschläge seitens des Studentenrates bei der gemeinsamen Beratung am 16. 11. nachvollziehen kann, so wenig Verständnis habe ich für das fehlende „realpolitische" Augenmaß des Rates an diesem Abend.

Es kann nicht gut sein, wenn über großen, grundsätzlichen Problemen vergessen wird, worum es eigentlich gehen sollte: Studentische Interessen sollen endlich wirklich wahrgenommen werden. Dazu braucht es m. E. konkrete Vereinbarungen darüber, auf welchen Gebieten man wie zusammenwirken will und kann. Denn nach wie vor ist die praktische, wirklich Veränderungen bewirkende Arbeitsfähigkeit des Rates bisher nur behauptet, noch nicht erwiesen. Wenn also nicht schnellstens neben grundsätzlichen endlich auch praktische Entscheidungen zu gemeinsamem Handeln in Tagesfragen getroffen werden, droht die Vision der FDJ-KL wahr zu werden: Der Rat löst sich wegen Unfähigkeit selbst wieder auf, und die FDJ wird zu dessen Konkursverwalter. Es wäre schade um den Rat.

A. POGUNDKE

## Plädoyer

### für die historische Methode

*Marx ist die Theorie — Murks ist die Praxis, las ich unlängst auf einer Bank im Hörsaal 16. Und dieser Spruch markiert genau das Dilemma, in dem wir mit dem MLG stecken. Es abzuschaffen, wie mancher derzeit fordert, halte ich für Demagogie. Wer ehrlichen Herzens für die Erneuerung des Sozialismus in unserem Lande eintritt, der kommt um ein Ja zur Beschäftigung mit den weltanschaulichen Grundlagen unserer Gesellschaft und ihrer Bewährung in der Geschichte — so oder so — nicht herum. Nur darf man diese Grundlagen nicht zum Nonplusultra erklären, sie auf den Sockel stellen, wo ein kritisches Hinterfragen unmöglich wird. Der Marxismus/Leninismus darf nicht enthistorisiert, dogmatisiert oder simplifiziert werden. Nein, was not tut, scheint mir das Begreifen der Methodologie der Klassiker zu sein, wie sie immer wieder neu an die Analyse der Gesellschaft ihrer Zeit herangingen. Wir brauchen künftig ein verstärktes Prinzip der historischen Methode. Weniger eine Summe allgemeiner Lehrsätze, die mit mehr oder weniger Krampf ein Theoriengebäude zusammenhalten, was angesichts der Umbruchsituation in fast allen sozialistischen Ländern historisch überlebt ist. Also heran an die historischen Quellen mit der Befähigung zu ihrer Auswertung! Und wie? Ich stelle mir eine Entflechtung des zentral vorgegebenen Studienplanes vor, mehr wahlobligatorische Seminare und Lehrreihen zur Revolutionsforschung (Haben wir dafür in Leipzig nicht sogar ein interdisziplinäres Zentrum?) und eine Erhöhung des Anteils der eigenständigen Arbeit der Studenten mit bestimmten Inhalten und Werken der Klassiker vor. Aber nicht nur mit ihnen allein! Der Marxismus/Leninismus entstand und entwickelte sich in der Polemik mit vielen anderen Theorien und Weltanschauungen. Darauf nahm das MLG bisher nur wenig oder einseitig Bezug. In diesem Sinne mag man über die künftige Bezeichnung für ein MLG streiten. Es bleibt für mich jedenfalls dabei, daß wir für den Erneuerungsprozeß alles brauchen, was neben den geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse und ihrer Parteien zu den allgemein-menschlichen Werten (von der Theologie der Befreiung bis zur chinesischen Philosophievielfalt) zählt.*

*SOPHOS SOPHIANOS*
*Sektion Journalistik, SG 7-04*

**Auch eine Forderung auf der Berliner Studentendemo. Pro oder contra?**

# PRO

## Die Dritte

## Zwischen Leistung und Geld

Große Aufregung bei künftigen ML-Lehrern! Der Rektor schlägt dem Konzil vor, künftig keine Lehrer der jeweiligen ML-Teilbereiche auszubilden, sondern nur noch Fachwissenschaftler (die dann auch in der Lehre einsetzbar wären). Düstere Aussichten?

Diskussionen unter den übrigen Kommilitonen der jeweiligen Sektionen, so auch unserer, der Sektion Geschichte: Da künftig auch ML-Lehrer als Diplomhistoriker abschließen sollen, wird eine „Historiker-Schwemme" befürchtet, die die ohnehin magere Stellensituation für Absolventen in diesem Bereich weiter verschärfen könnte. Mir scheint, daß hier die bisherigen Historiker-Studenten vor der Wirkung der — immer wieder lautstark geforderten — Durchsetzung des Leistungsprinzips zurückschrecken: Nur die Besten werden die wirklich guten Stellen ergattern können — was ist daran so schlimm? (Vorausgesetzt werden muß dabei natürlich eine Transparenz, die Schiebung, Betrug und „wirksame Beziehungen" ausschließt.)

Zum anderen ist da die Diskussion um das Stipendium. Zur Erinnerung: ML-Lehrer-Studenten haben ein dreijähriges Vorpraktikum zu absolvieren und erhalten 80 Prozent des damaligen Durchschnittsverdienstes als Stipendium. Rund 600 Mark pro Student — was dem zwei- bis dreifachen Stipendium eines „normalen" Studenten entspricht.

Angesichts dieses Widerspruchs wird die Initiative der SG 88-01 unserer Sektion wohl zur einzig möglichen Alternative: 10 der 13 Studenten dieser Gruppe haben vorgeschlagen, die Differenz zwischen ihrem und dem normalen Stipendium zurückzuzahlen — und zwar direkt an Einrichtungen unseres Landes, die in einer katastrophalen finanziellen Situation sind: Kinderheime, Poliklinken.

. . . Das Gegenargument, mit dem andere Kommilitonen ihre massive Abwehr dieser Idee begründen, ist brüchig: zu erklären, das Studium überhaupt nur unter der Voraussetzung dieses finanziellen Sonderstatus aufgenommen zu haben, muß wohl angesichts des Rufes „Keine Privilegien!" zur logischen Schlußfolgerung führen, dieses Studium jetzt abzubrechen. Lange genug, zu lange, haben ML-Studenten ihr unnatürlich hohes Stipendium in Anspruch genommen, derweil sie vom Sozialismus als Idee der sozialen Gerechtigkeit zu sprechen lernten.

A. POGUNDKE

## MLG Das tut weh!

*Es scheint symptomatisch für den Gesamtzustand dieses Faches, wenn jetzt, in der heutigen gesellschaftlichen Situation die planmäßigen Lehrveranstaltungen im MLG abgesetzt werden und an ihre Stelle aktuelle Problemdiskussionen treten. Anzeichen zum einen dafür, daß man bisher kaum Antworten auf aktuelle Fragen aus MLG-Lehrveranstaltungen erwarten konnte. Zum anderen, weil es scheint, als habe die bisher vermittelte Wissenschaft (?) sich als unfähig erwiesen, solche Antworten überhaupt zu liefern, obgleich sie mit dem Anspruch der einzig wahren Gesellschaftsanschauung auftrat (-tritt?).*

*Ein System von Glaubenssätzen, Parteitagsexegese und Autoritätsbeweisen für die angebliche Richtigkeit marxistisch-leninistischer Weltverständnisses entspricht kaum unseren Ansprüchen an eine Wissenschaft und ihre Vermittlung. Die jetzt gewählte Form der Durchführung von Foren u. ä. erscheint daher für die Diskussion uns tatsächlich interessierender Probleme angemessener und der Entwicklung von Politikverständnis und persönlichen Einstellungen förderlicher als die Erörterung von Scheinproblemen und benotete (aber dennoch nur auswendig gelernte) Bekenntnisüberprüfungen.*

*Natürlich liegt auf der Hand, daß für gesellschaftswissenschaftliche Studienrichtungen die ML-Ausbildung weiterhin unabdingbarer Bestandteil des Studiums bleiben wird — wenn auch u. E. nicht in der jetzt praktizierten Ausschließlichkeit und Alleinherrschaft. Aber es ist für uns als zukünftige Mediziner nicht einzusehen, wenn wir ebensoviele Wochenstunden der ML-Ausbildung wie der Anatomie zu widmen haben. Es wäre also tatsächlich notwendig, hier zu klaren Neuregelungen zu kommen. Es wäre gut, wenn künftig nicht mehr, wie derzeit wohl nicht ganz zu Unrecht, von unserem Ausbildungsprofil als von dem eines Diplomgesellschaftswissenschaftlers mit Fremdsprachenkenntnis und Erste-Hilfe-Kurs gesprochen werden könnte.*

*(Dieser Beitrag entstand in einem Gespräch mit Olaf Molkenthin, Anke Groß u. a. Studenten der Stomatologie, 2. Stdj.; A. POGUNDKE)*

# CONTRA

## „Subbotniks" zur Historie

Durch das zaristische Rußland zogen die Narodowolzen, um die Bauern über die soziale Wirklichkeit aufzuklären . . . KMU-Geschichtsstudenten wollen die Diskussion um Vergangenheit und Gegenwart unserer Republik aus akademischen Kreisen in die (Schul-)Öffentlichkeit tragen. UZ sprach mit dem SED-GO-Sekretär der Sektion, Dr. Hartmut Lauenroth.

**In unser Geschichtbild ist Bewegung gekommen, so auch an den Schulen. Beispielsweise zum sowjetischen Film „Und morgen war Krieg" werden mehr und mehr Fragen gestellt. Wie verhält sich dazu Ihre Sektion?**

In der Volksbildung macht sich zum Thema Geschichte eine große Verunsicherung breit. Deshalb haben wir dem Bezirksschulrat zwei Vorschläge unterbreitet: Unser Lehrkörper ist bereit, Vorlesungen und Foren für Lehrer zu halten. Wir möchten Verständnis für neue Sichten auf die Geschichte etwa seit den 30er Jahren entwickeln und Anregungen geben, wie diese in den laufenden Unterricht einbezogen werden könnten. Und viele Studenten unserer drei Fachrichtungen — Geschichtswissenschaftler, Lehrer für M/L sowie für Deutsch/Geschichte — wollen mit Schülern der höheren Klassenstufen diskutieren. Über historische Entwicklungen, die bis ins Heute reichen und die sozusagen Rätsel aufgeben. Es ist schwierig, politisch unerfahrenen die heutigen Ereignisse begreiflich zu machen, aber auch sehr interessant. Ihre Meinungen müssen gehört werden.

**Eine spontane Aktion?**

Ja, was die Organisierung betrifft. Ohne finanziellen und bürokratischen Aufwand.

**Weshalb ist dieses Mehr an Diskussion notwendig?**

An den Schulen wird Geschichte nach einem Modell gelehrt, das seit langem nicht auf der Höhe der Zeit ist. Neuere wissenschaftlich fundierte Einschätzungen werden kaum berücksichtigt. Ein Beispiel: Der Artikel „Zur Geschichte der Komintern" von Wolf/Schneider, Anfang Mai dieses Jahres im ND veröffentlicht, wurde kontrovers diskutiert, nicht nur in Fachkreisen. Zwei Monate später erschien er in der Zeitschrift „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde" kommentarlos, ohne jede Änderung — eine brauchbare Unterrichtshilfe? Oder: Die Di/Go-Studenten haben in ihren Praktikas oft Probleme mit Lehrern, die sich nicht in ihre Linie hineinreden lassen wollen. Wie aber sollen die Schüler, die lernen, mit dem VIII. Parteitag sei eine zukunftsweisende Wende eingeleitet worden, die plötzlich verkündete neuerliche Wende verstehen?

(Das Gespräch führte JÖRN JÜRSCHIK.)

SLUB Wir führen Wissen.